

Impfen – Eine gesamtgesellschaftliche Verantwortung

Bei der 3. Nationalen Impfkonzferenz (NIK) am 15. und 16. Mai in München diskutierten über 400 Teilnehmer über ein breites Spektrum an aktuellen Impftiteln. In diesem Jahr fand die in zweijährigem Turnus stattfindende Konferenz unter dem Vorsitz Bayerns statt und wurde vom Staatsministerium für Umwelt und Gesundheit ausgerichtet.



Bayerns Gesundheitsminister Dr. Marcel Huber (CSU) eröffnete die 3. Nationale Impfkonzferenz in München.

Zum Auftakt der Veranstaltung begrüßte der Bayerische Gesundheitsminister Dr. Marcel Huber (CSU) die über 400 Experten aus Medizin, Wissenschaft und dem öffentlichen Gesundheitsdienst sowie Vertreter aller deutschen Bundesländer. Huber betonte: „Impfen kann eine der wichtigsten Waffen gegen Infektionskrankheiten sein und wer sich impfen lässt, übernimmt auch Verantwortung für sich und andere.“ Eine neutrale, wissenschaftsbasierte und industrieunabhängige Information sei essenziell, um die Menschen für die Impfprävention zu erreichen. Es sei wichtig, dass der Staat als neutrale Stelle mit entsprechender Kompetenz hier heranrücke. Huber verwies auf die Bayerische Landesarbeitsgemeinschaft Impfen (LAGI), ein unabhängiges Arbeitsgremium, das die in Bayern für die Impfprävention tätigen Akteure und Institutionen vernetze. Der derzeitige Masernausbruch in München zeige, wie wichtig Maßnahmen und zielgruppenspezifische Informationskampagnen zum Impfen, wie zum Beispiel der Kinospot „Masern? Lass Dich Impfen“, seien.

Gemeinschaft

Landesarzt Dr. Andreas Zapf erklärte: „Impfen ist nicht nur ein Thema für Fachfragen, sondern beinhaltet auch gesellschaftliche, ethische und soziale Fragestellungen.“ Im Fest-

vortrag ging Professor Dr. Georg Marckmann, Lehrstuhlinhaber für Ethik, Geschichte und Theorie der Medizin an der Ludwig-Maximilians-Universität München auf den ethischen Grundkonflikt von Impfungen ein: „Welche Eingriffe in die individuelle Autonomie sind gerechtfertigt, um die Gemeinschaft vor Infektionskrankheiten zu schützen?“ Bei einer hohen Durchimpfungsrate profitiere nicht nur der Einzelne, sondern auch die Gemeinschaft. Die Herdenimmunität führe zu einem Schutz für Personen, die aus medizinischen Gründen nicht geimpft werden können oder bei denen die Impfung nicht effektiv sei. Bei der Herdenimmunität handle es sich um ein öffentliches Gut. Die Entscheidung, wann eine Impfung im öffentlichen Interesse ist, sei schwierig. Aus ethischer Sicht seien ein klar definiertes und faires Entscheidungsverfahren und materielle Entscheidungskriterien notwendig. Die Kriterien Wirksamkeit, Sicherheit und Evidenzgrad der Impfung hätten dabei die höchste Priorität. Weitere Kriterien in absteigender Rangordnung wären der gesundheitliche Nutzen und der Schutz vulnerabler Gruppen bis hin zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und ökonomischer Auswirkungen. Die Ständige Impfkommision (STIKO), ein zentrales, nationales Gremium, stelle sich der Aufgabe, Empfehlungen für Schutzimpfungen abzugeben. Der Vortrag kann unter www.dermedizinethiker.de abgerufen werden.

Empfehlungen

Subtile Kontroversen zu Impftiteln in einer Scientific Community, die das Impfen grundsätzlich durchaus befürworte, beleuchtete Dr. Jan Leidel, Vorsitzender der STIKO, am Beispiel der Varizellen-, HPV- und saisonaler Influenzaimpfung. Er erläuterte die Arbeitsweise der STIKO und verwies darauf, dass die wissenschaftlich begründeten Impfeempfehlungen im Epidemiologischen Bulletin veröffentlicht werden. Nachvollziehbar und transparent solle der Weg von der Evidenz bis zur Impfeempfehlung sein.

In parallelen Workshops wurden verschiedene Themen diskutiert: neueste Erkenntnisse über Reiseimpfungen, die aktuellen STIKO-Empfehlungen, rechtliche Aspekte des Impfens, Pro und Contra bei Rabattverträgen für die Influenza-Impfung.

Management

Beate Gomolka vom Bundesministerium für Gesundheit (BMG) berichtete, dass mit der Einführung eines internationalen Referenzpreises das Wirtschaftlichkeitspotenzial bei Influenza-Impfstoffen ausgeschöpft werden könne. Somit werde das Instrument der Ausschreibung genutzt und Krankenkassen könnten Verträge mit einzelnen pharmazeutischen Unternehmen

schließen. Damit keine Lieferengpässe mehr entstehen können wurde gesetzlich verankert, dass Krankenkassen die Versorgung mit Impfstoffen rechtzeitig und bedarfsgerecht sicherzustellen haben. Rabattverträge würden zur Kostenreduktion bei Schutzimpfungen beitragen, so Gomolkas Schlussfolgerung. Das Contra zu diesem Thema begründete Professor Dr. Peter Wutzler aus Jena mit dem Hinweis, dass die derzeit zugelassenen Influenzaimpfstoffe sich hinsichtlich Immunogenität und Wirksamkeit sowie in ihren Nebenwirkungen unterschieden und keine identischen Nutzen-Risiko-Verhältnisse in allen Alters- bzw. Risikogruppen aufwiesen. Daher sollte für jede Zielgruppe der am besten geeignete Impfstoff ausgewählt werden können.

Ein aus rechtlicher Sicht zentraler Punkt des Impfmanagements sei die Aufklärung. Nach neuer Rechtsprechung sei die mündliche Aufklärung verpflichtend und schriftliche Unterlagen seien nur zur Ergänzung zugelassen, erläuterte Dr. Rudolf Ratzel, Rechtsanwalt aus München.

Aufklärung

Einen breiten Raum nahmen in Vorträgen und Diskussionen die Ursachen von Impfvorbehalten und Impfstoffen und der Umgang mit ihnen ein. In der Diskussionsrunde wurde auf die Bedeutung der Kommunikation von evidenzbasierter Information und Transparenz der Daten zur Impfstoffsicherheit hingewiesen. Die Einschätzung der Erkrankung und die Wahrscheinlichkeit, die Erkrankung zu bekommen, beeinflusse

die Impfscheidung des Einzelnen, daher sei der Stellenwert der Aufklärung äußerst wichtig.

Dr. Brigitte Keller-Stanislawski vom Paul-Ehrlich-Institut (PEI) legte das Management der Impfstoffsicherheit nach der Zulassung dar und unterstrich dabei die Bedeutung der Meldung von Verdachtsfällen von Impfkomplicationen. Das Spontanmeldesystem sei eines der wichtigsten Instrumente bei der Früherkennung von Verdachtsfällen von Nebenwirkungen. Seit einigen Monaten können Patienten online über die Homepage des PEI Nebenwirkungen melden.

„Wie kann man Aufklärung gestalten?“, fragte Professor Dr. Elisabeth Pott von der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA) und stellte die Ergebnisse zweier Repräsentativbefragungen zu Wissen, Einstellung und Verhalten zum Impfen von Eltern mit Kindern im Alter von Null bis 13 Jahren vor. Dabei zeigte sich, dass rund ein Drittel aller Eltern Masern für harmlos hielten. 98 Prozent aller Eltern wünschten sich ein aufklärendes Gespräch mit dem Arzt über die Schutzimpfungen. Zur Unterstützung der impfenden Ärzte als entscheidende Multiplikatoren würden jährlich Medienpakete zum Thema Impfen versandt. Zur Steigerung der Aufmerksamkeit für Nachholimpfungen im Jugendalter hat die BZgA eine Kampagne unter dem Titel „Deutschland sucht den Impfpass“ gestartet.

Bei weiteren Veranstaltungen wurde die Rolle des Öffentlichen Gesundheitsdienstes beim The-

ma Impfen diskutiert. Berichtet wurde außerdem über die Möglichkeiten, Zielgruppen mit Impfdefiziten besser zu erreichen und über Neuentwicklungen von Impfstoffen.

In der abschließenden Podiumsdiskussion mit Minister Huber, Brandenburgs Gesundheitsministerin Anita Tack (DIE LINKE), RKI-Präsident Professor Dr. Reinhard Burger, Präsident der Bundesärztekammer Professor Dr. Frank Ulrich Montgomery, Karin Knufmann-Happe vom BGM und Professor Dr. Elisabeth Pott von der BZgA hob Huber nochmals den Stellenwert der Aufklärung hervor, die neutral und ohne monetäre Interessen sein müsse. Die Ängste der Menschen, denen man mit wissenschaftlich fundierter Information begegnen könne, müssten berücksichtigt werden. Das Thema Impfen solle sich im Bewusstsein verankern. Aktionen wie dieser Bayerische Impftag würden dazu beitragen.

Unter den ideologischen Impfgegnern befänden sich auch viele Ärzte, die ihren Patienten von Impfungen abrieten, empörte sich Montgomery und fügte hinzu, dass berufsrechtlich keine Handhabe dagegen bestünde. Er sprach die Rolle der Medien beim Thema Impfen an und appellierte an diese, nicht nach dem Grundsatz „bad news are good news“ zu verfahren. „Die Informationen der 3. NIK sollen nach draußen getragen und umgesetzt werden“, wünschte sich Montgomery. Die 4. NIK findet 2015 in Berlin-Brandenburg statt.

Dr. Ulrike Seider (BLÄK)

Anzeige

Zurück ins Leben

Hilfe bei Depressionen, Sucht, Burn-out und Angststörungen

Beratung und Infos (kostenfrei)

0800 32 22 322



Oberberg

Psychotherapie Psychiatrie Psychosomatik

Schnelle und nachhaltige Hilfe durch hochintensive und individuelle Therapien für Privatversicherte und Beihilfeberechtigte. Grundlage des Heilungsprozesses bildet das individuelle emotionale Profil und der achtsame Umgang mit den Ressourcen unserer Patienten. Eine Sofortaufnahme ist auch im akuten Krankheitsstadium möglich. Direktkontakt zu unseren Chefärzten finden Sie unter www.oberbergkliniken.de

Die Standorte: Berlin/Brandenburg, Schwarzwald, Weserbergland

